

N i e d e r s c h r i f t

BAU/049/2009

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Bauausschusses der Stadt Rheine
am 05.02.2009**

Die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Heinrich Hagemeier	CDU	Ratsmitglied
-------------------------	-----	--------------

Mitglieder:

Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Havers	CDU	Ratsmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Herr Peter Kölker	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Herr Thomas Oechtering	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Heinrich Thüring	SPD	Ratsmitglied
Herr Anton van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Claus Meier	Sachkundiger Einwohner
Herr Manoharan Murali	Sachkundiger Einwohner
Heinz Werning	Sachkundiger Einwohner

Vertreter:

Herr Paul-Dieter Michalski	SPD	Vertretung für RM Brauer
----------------------------	-----	--------------------------

Herr Viktor Milz	Sachkundiger Einwohner
Herr Bernhard Strotmann CDU	Vertretung für RM Auth

Gäste:

Herr Martin Forstmann

Verwaltung:

Herr Hans-Jürgen Gawollek	
Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Werner Schröer	Fachbereichsleiter FB 5
Frau Claudia Kurzinsky	
Frau Martina Wietkamp	Schriftführerin

Es fehlten:

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Vertretung durch SB Michalski
------------------------	-----	-------------------------------

Mitglieder:

Herr Matthias Auth	CDU	vertreten durch SB Strotmann
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied

Herr Hagemeyer eröffnet in Vertretung für den erkrankten Herrn Brauer die heutige Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Seitens des Ausschusses werden keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen.

Herr Schröer führt aus, dass die Verwaltung eine Information zum Antrage der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen zum Thema „Erste Glühbirnenfreie Stadt Deutschlands“ vorbereitet habe. Aus diesem Grund bitte er, den Tagesordnungspunkt 7, der ebenfalls eine Beratung zu diesem Thema vorsieht, von der Tagesordnung abzusetzen. Die weitere Beratung solle dann im HFA erfolgen, weil verschiedene andere Dienststellen betroffen seien.

Seitens der Ausschussmitglieder werden keine Einwände zu dieser Vorgehensweise erhoben.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 48 über die öffentliche gemeinsame Sitzung mit dem Schulausschuss am 15.01.2009

00:50

Seitens der Mitglieder des Ausschusses werden keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche vorgebracht, die Niederschrift ist somit genehmigt.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 15.01.2009 gefassten Beschlüsse

Herr Schröder verliest den nachstehenden Vermerk.

Bericht der Verwaltung im Bausausschuss am 05.02.2009				
TOP	Antragssteller / Vortragender	Anliegen	Stellungnahme / Arbeitsauftrag	Antwort
4.1	CDU-Fraktion	Rechtzeitige Anliegerinformation über den Ausbau von Stadtstraßen	Verfahren entwickeln	Die Verwaltung wird im Zusammenhang mit der Vorlage der neuen Prioritätenliste voraussichtlich im April einen Verfahrensvorschlag unterbreiten.
4.2	CDU-Fraktion	Maßnahmen zum Klimabündnis	Aufbereitung des Antrages	Die Verwaltung wird die Thematik im Zusammenhang mit der Aufbereitung der Projekte für das Konjunkturpaket II aufbereiten und dem BA vorlegen

3. Informationen

3.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen "Erste Glühbirnen-freie Stadt Deutschlands"

02:30

Herr Schröder verweist auf den Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“, der im zuständigen Haupt- und Finanzausschuss im März beraten werden sollte. Er verliest den nachstehenden Vermerk.

Fachbereich 5 / Leitstelle Klimaschutz

Vorlage für den Verwaltungsvorstand **Sitzung am 02. Februar 2009**

Betreff: Antrag Bündnis 90/Die Grünen „Erste Glühbirnenfreie Stadt Deutschlands“

Sachdarstellung/Verfahrensvorschlag:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Erste Glühbirnenfreie Stadt Deutschlands“ (siehe Anlage) gliedert sich in die nachfolgenden Schritte:

1. Im ersten Schritt soll die Stadt Rheine in allen in ihrem Besitz und im Besitz ihrer Tochtergesellschaften befindlichen Gebäuden Glühbirnen gegen energiesparende Beleuchtungstechnik austauschen. Der Austausch erfolgt innerhalb eines Jahres nach diesem Ratsbeschluss.

Verfahrensvorschlag:

Weitgehend werden in städtischen Gebäuden bereits energiesparenden Beleuchtungsmittel eingesetzt. Für den Ersatz des Restbestandes wird vorgeschlagen bei den städtischen Einrichtungen (Schulen, Museen, Verwaltungsgebäude, Feuerwehr, etc.) eine Bedarfsabfrage durchzuführen auf deren Basis eine entsprechende Sammelbestellung für den erforderlichen Ersatz erfolgt.

Die Tochtergesellschaften werden durch das Beteiligungsmanagement der Stadt Rheine über den Ratsbeschluss unterrichtet und werden gebeten Glühlampen gegen energiesparende Beleuchtungsmittel zu wechseln.

Beschlussvorschlag für den Rat:

In den städtisch genutzten Gebäuden (angemietet und Eigentum) werden Glühlampen gegen energiesparende Beleuchtungsmittel gewechselt. Den städtischen Tochtergesellschaften wird empfohlen dem Beispiel der Stadt Rheine zu folgen.

2. Im zweiten Schritt des Antrages soll die Vergabe von städtischen Fördermitteln an Dritte, z. B. an Vereine, an die Verpflichtung gekoppelt werden, alle im Bestand der Institution befindlichen Glühlampen gegen entsprechende energiesparende Technik auszutauschen.

Verfahrensvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, den Austausch der Glühlampen Zuwendungsnehmern (Vereinen, etc.) nicht zwingend vorzuschreiben, sondern mit dem Förderbescheid Hinweise zum energiesparende/n Verhalten/Maßnahmen bei dem Betrieb von Gebäuden/ Sportanlagen beizufügen. Dieser Hinweis soll ergänzt werden um das Angebot einer aktiven Energieberatung durch die Leitstelle Klimaschutz bzw. Energieberatung der Stadtwerke Rheine.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Zuwendungs- und Förderbescheiden an Vereinen und sonstigen Institutionen wird künftig ein Hinweisblatt über mögliche Energiesparmaßnahmen für Vereinsanlagen mit dem Angebot einer Energieberatung durch die Leitstelle Klimaschutz bzw. Energieberatung der Stadtwerke Rheine beigelegt.

3. Der dritte Schritt des Antrages sieht die Durchführung einer Kampagne vor. Hierbei soll den BürgerInnen über die Stadtteilbeiräte die Vorteile des Austausches von Glühlampen dargestellt werden. Die Leitstelle Klimaschutz soll diesen Teil der Kampagne begleiten.

Verfahrensvorschlag:

In den einzelnen Stadtteilbeiräten soll über die Vorteilhaftigkeit des Einsatzes energiesparender Beleuchtungsmittel informiert werden. Die Leitstelle für Klimaschutz wird ein Konzept für die Kampagne erarbeiten und dieses in der Presse vorstellen.

Beschlussvorschlag für den Rat

In den Stadtteilbeiräten soll im Jahr 2009 eine Informationskampagne über den Einsatz energiesparender Beleuchtungsmittel durchgeführt werden.

Im Auftrag

Datum, Unterschrift

Ergebnis

Verteiler

Datum, Unterschrift

3.2. Antrag der CDU-Fraktion zur Planung und Einrichtung eines Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Osningstraße, Sonnenstraße und Windmühlenstraße

04:55

Herr Schröder verliest den als Anlage beigefügten Antrag. Seitens der Verwaltung werde die Thematik aufgearbeitet, zu einem späteren Zeitpunkt werde im Bauausschuss berichtet.

Fraktion im Rat der Stadt Rheine



Josef Niehues, Feldhues Hook 6, 48432 Rheine

Stadt Rheine

Vorsitzender des Bau- und Betriebsausschusses

Herrn Karl-Heinz Brauer

Klosterstraße 14

48431 Rheine

Josef Niehues

Feldhues Hook 6

48432 Rheine

☎ 05975 / 82 76

Fax.: 05975 / 35 73

@: Josef.Niehues@osnnet.de

31.01.2009

Planung und Einrichtung eines Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich Osningsstraße, Sonnenstraße und Windmühlenstraße

Sehr geehrter Herr Brauer,

die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Rheine beantragt, dass dem Bau- und Betriebsausschuss in seiner nächsten Sitzungen folgender Beschlussvorschlag zur Abstimmung vorgelegt wird:

„Die Verwaltung wird beauftragt die Planung eines Kreisverkehrs für den Kreuzungsbereich Osningsstraße, Sonnenstraße und Windmühlenstraße im Zuge der Planung des Ausbaus der Sonnenstraße zu erstellen und dem Bau- und Betriebsausschuss zur Beratung vorzulegen.“

Begründung:

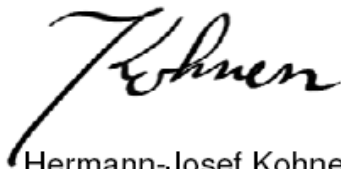
Gemäß Vorlage 221/08 ist geplant, die Sonnenstraße im Jahr 2012 auszubauen. Unser Antrag soll dazu beitragen, einen Kreisverkehr rechtzeitig in die Planungen mit einzubeziehen.

An der o.g. Kreuzung kommt es aufgrund des steigenden Verkehrsaufkommens zu immer mehr Verkehrsbehinderungen und gefährlichen Situationen. Die weiter steigenden Belastungsprognosen machen deutlich, dass kurz- bis mittelfristig die Verkehrsführung in diesem Kreuzungsbereich durch eine Lichtzeichenanlage oder einen Kreisverkehr geregelt werden muss. Die Einrichtung eines Kreisverkehrs baugleich des Kreisel im Kreuzungsbereich Rodder Damm/Aloysiusstraße würde u. E. die Verkehrssituation aus folgenden Gründen erheblich verbessern:

1. Ein Kreisverkehr senkt die Durchfahrgeschwindigkeit aller Fahrzeuge erheblich
 - a. Auf der Windmühlenstraße wird zurzeit aufgrund der guten Ausbausituation, der geraden Straßenführung, der Vorfahrtregelung und Abschüssigkeit häufig mit überhöhter Geschwindigkeit gefahren. Ein Kreisverkehr führt nachweislich zu einer Geschwindigkeitsreduzierung.
 - b. Die niedrigen Fahrzeuggeschwindigkeiten nach Installation eines Kreisverkehrs würde es vor allem Schulkindern, die die Johannesgrundschule das Kopernikus-Gymnasium und weitere Schulen erreichen wollen, erheblich erleichtern die Straße sicher zu queren.
2. Erfahrungsgemäß verbessert sich trotz der niedrigeren Geschwindigkeiten der Verkehrsfluss, Stauungen im Bereich der Sonnen- und Osningstraße können so weitgehend abgebaut werden. Dieses hat außerdem den positiven Nebeneffekt, dass Immissionen durch wartende Fahrzeuge reduziert werden.
3. Der Kreuzungsbereich ist sehr groß ausgelegt, daher ist zu erwarten, dass kein Grunderwerb erforderlich ist.

Mit der Erstellung einer Planung und Kostenschätzung und der anschließenden Beratung im Fachausschuss soll sichergestellt werden, dass der Kreisverkehr im Zuge des Ausbaues der Sonnestraße erstellt werden kann.

Für Fragen stehen wir gern zur Verfügung.



Hermann-Josef Kohnen

Stellv. Fraktionsvorsitzender

3.3. Antrag der SPD-Fraktion auf Erweiterung der Beleuchtung im Bereich Bentlage

05:20

Herr Schröder verliest den als Anlage beigefügten Antrag der SPD-Fraktion. Er stellt weitere Informationen im Bauausschuss nach erfolgter Aufarbeitung der Thematik seitens der Verwaltung in Aussicht.

Herr Löcken weist darauf hin, dass der Antrag der SPD-Fraktion über den bereits bekannten Antrag des Stadtteilbeirates Schotthock hinausgehe.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Rheine

SPD

Anschrift:
Hohe Lucht 5 · 48431 Rheine
Fon (0 59 71) 5 77 66
Fax (0 59 71) 5 08 30

Internet-Adresse:
www.SPD-Rheine.de

Bankverbindung:
Stadtsparkasse Rheine
Konto-Nummer: 7 026 180
Bankleitzahl: 403 500 05

Stadt Rheine
Frau Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder

28.01.2009

VV	BM	X	II	III	K
Stadt Rheine					
30. JAN. 2009					
BIM					
5					

F05

*Bild Augustin
in der Dr.-R.*

Antrag der SPD-Fraktion

Sehr geehrte Frau Dr. Kordfelder,

die SPD-Fraktion beantragt die Erweiterung der Beleuchtung in Bereich Bentlage am Gertrudenweg und am Bentlager Weg bis zur Eisenbahntrasse sowie vom Bentlager Weg-Delsenbrücke-Krafeldweg.

Die Erweiterung am Gertrudenweg und am Bentlager Weg schafft für Sportler einen schon lange gewünschten beleuchteten Rundlaufweg, der im Winter bis in den Abend genutzt werden kann. Beide Wege können aber auch von Bürgern aus den Bereichen Wietesch bis zur Innenstadt als fußläufige Verbindung zu Abendveranstaltungen im Kloster Bentlage genutzt werden. Bei vorhandener Beleuchtung würde somit die Anfahrt mit dem PKW von zahlreichen Bürgern entfallen.

Die SPD-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtteilbeirates Schotthock vom 17.1.2009 bezüglich der Beleuchtung der Verbindung über die Delsenbrücke. Diese notwendige Beleuchtung dient nicht nur den Bürgern aus dem Schotthock sondern der Allgemeinheit. Der Weg wird von Radfahrern als Weg zur Arbeit und Schule sowie sportlichen Aktivitäten im Bereich Delsen und kulturellen Veranstaltungen am Kloster genutzt. Für Freizeit und Tourismus im Gesamtbereich Bentlage - Hovesaat hat die Verbindung eine herausragende Bedeutung.

Von dieser beantragten Maßnahme profitieren die Bereiche Sport und Gesundheit, Freizeit und Tourismus und Kultur.

Mit freundlichen Grüßen

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheine
Günter Lücken
Fraktionsgeschäftsführer

3.4. Dortmund-Ems-Kanal-Nord

07:50

Herr Schröder verliest Auszüge aus dem als Anlage beigefügten Vermerk.

Stadt Rheine
Die Bürgermeisterin
- PG 5.1 – gel

Rheine, 03.02.2009

Kurzinfo

Projekt DEK-Nord Baumaßnahmen in der Dortmund-Ems-Kanal-Nordstrecke im Bereich NRW

→ Scoping Termin gem. § 5 UVPG am 03.02.2009 in Hörstel

Frau Maßmann – Gesamtprojektleiterin beim Wasser- und Schifffahrtsneubauamt Datteln führte durch den Termin und stellte anhand einer Powerpoint die wesentlichen Punkte für die Projekterörterung vor.

Eine ausführliche Niederschrift von diesem Termin wird durch den Vorhabenträger zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung gestellt.

Planung allgemein:

Es werden zwei Planfeststellungsverfahren angestrebt:

- für NRW, südlich der Schleuse Altenrheine
- für Niedersachsen, nördlich der Schleuse Altenrheine

→ die Streckenteile zwischen Venhaus über Altenrheine bis Rodde gehören **nicht** zum Ausbauprogramm

Vom Ausbau/Umbau betroffen sind die Schleusen Bevergen, Rodde, Venhaus, Hesselte und Gleesen. Altenrheine wurde 1974 neu gebaut und ist deshalb nicht von der Planung betroffen.

Ziele der Baumaßnahmen sind:

- Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Wasserstraße
- Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Verkehrsträgers Schiff
- Beschleunigung der Schiffsdurchfahrt

Maßnahmen in NRW:

- Abbruch und Neubau der Schleuse Bevergen
- ersatzloser Abbruch der Schleuse Rodde

→ damit verbunden die Absenkung des Wasserspiegels zwischen Bevergen und Rodde auf ein Niveau von 3.80 m durch den Ausbau (breiter + tiefer)

Querbauten:

- Anpassung Bergeshöveder Stegs
- Neubau Bevergener Schleusenbrücke (L833)
- Neubau Dreierwalder Straßenbrücke (K 14)
- Neubau Rodder Schleusenbrücke (Gemeindestr. „An der Schleuse“),
Verkehrsverbindung soll wieder hergestellt werden

Brücken – Planungsvorgabe

Ziel ist eine Durchfahrtshöhe von 5.25 m über dem Bemessungswasserspiegel, um einen 2 schichtigen Containerverkehr sicherzustellen

Weiterer Projektablauf

(→ alles soweit vorbehaltlich, da immer was dazwischen kommen kann...)

offizieller Planungsbeginn war der 1.1.2009

(ein Planungsbüro aus Bremen (GfL) ist mit der Streckenplanung beauftragt)

Fertigstellung des Vorentwurfs bis 10/2009 beabsichtigt

Vorabstimmung des Vorentwurfs mit den TÖB bis Ende 2009 geplant

→ Ziel ist belastbare Lösung für weitere Planungen

ab 2010 soll Entwurfs- und Genehmigungsplanung erfolgen

(einschl. Variantenuntersuchung)

Einleitung Planfeststellungsverfahren für 2011 geplant

Beginn Bauarbeiten ab 2013 geplant

Inbetriebnahme der neuen Schleusen für Ende 2017 vorgesehen

Untersuchungsbereich UVU

klassischer Ablauf UVU vorgesehen, Abgrenzungsbereich umfasst ca. 511 ha (siehe Karte in den Unterlagen, die im FB 5.1 Stadtplanung hinterlegt sind)

Es ist ggf. eine stärkere Beeinträchtigung beim Schutzgut Wasser zu erwarten, da Absenkungen des Grundwasserspiegels erwartet werden durch die Absenkung der Wasserhöhe des Kanals, dazu wird ein geohydrologisches Gutachten erstellt inkl. einem Grundwassermodell, inwiefern Auswirkungen auf andere Schutzgüter dann bestehen, bleibt abzuwarten.

Der Wasserentnahmebereich Hemelter Bach wird mitberücksichtigt, sofern Auswirkungen durch die Kanalhebung Rodde entstehen, werden hierzu Aussagen getroffen.

Intensive Diskussion zum Untersuchungsbereich und zur Methodik wurde durch das LANUV geführt, Anregungen werden durch Büro GfL geprüft und eingearbeitet.

Sondergutachten

Hydrologisches Gutachten → Grundwasserverhältnisse

Lärm + Erschütterungen → baubedingte Auswirkungen

Abfallgutachten / Bodenmanagement → Verwendung der anfallenden Baumassen

Andere Themen wurden nicht angesprochen.

Im Auftrag

Michaela Gellenbeck

3.5. Erläuterungen zu den statistischen Angaben über die Bautätigkeit im Jahre 2008 im Bauaufsichtsbezirk der Stadt Rheine

10:40

Herr Schröder verliest den nachfolgenden Vermerk.

Stadt Rheine
Die Bürgermeisterin
- FB 5.6-re/ku -

Rheine, 28. Januar 2009

An

Verteiler

Erläuterungen zu den statistischen Angaben über die Bautätigkeit im Jahre 2008 im Bauaufsichtsbezirk der Stadt Rheine

Als Anlage zu diesem Erläuterungsbericht erhalten Sie die oben näher bezeichnete Jahresstatistik 2008 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Das zurückliegende Jahr 2008 war noch von einer erstaunlich regen Bautätigkeit bestimmt. Allerdings hat sich im Bereich „Wohnungsbau“ die Zahl der geschaffenen Wohneinheiten (WE) von 343 WE im Jahr 2007 auf 270 WE in 2008 reduziert. Dieses liegt insbesondere daran, dass im Jahr 2008 keine weiteren Altenwohnungen beauftragt bzw. genehmigt worden sind. Hier erscheint derzeit die Sättigungsgrenze erreicht worden zu sein.

Im gewerblichen Bereich war die Anzahl der Baugenehmigungen mit insgesamt 44 gewerblichen Vorhaben nahezu identisch mit dem Vorjahr 2007.

Das Gebührenaufkommen betrug in 2008 ca. 704.000,00 EURO und entsprach mit einer geringen Unterschreitung dem vorgegebenen Haushaltssoll in Höhe von 710.000,00 EURO.

Insgesamt hat sich die Anzahl der bauaufsichtlichen Verfahren um 177 Fälle auf 1.595 Vorgänge erhöht.

Die erforderlichen „Wiederkehrenden Prüfungen“ wurden von den Technischen Betrieben Rheine (TBR AöR) in den dafür vorgeschriebenen Prüf Fristen durchgeführt. Die Durchführung der Brandschauen erfolgte durch die Brandschutzdienststelle.

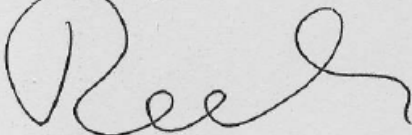
Im Jahre 2008 wurde ein weiteres Gebäude als Baudenkmal in die Denkmalliste der Stadt Rheine eingetragen. Somit sind derzeit 177 Baudenkmäler, 23 Bodendenkmäler, 2 Denkmalbereiche sowie 4 bewegliche Denkmäler in der Denkmalliste der Stadt Rheine eingetragen.

Die Stadt Rheine als Untere Denkmalbehörde hat trotz der vom Land Nordrhein-Westfalen gestrichenen Förderung kleinerer privater Denkmalpflegemaßnahmen 21 (Vorjahr 17) formelle Denkmalpflegemaßnahmen durchgeführt. In allen Verfahren konnte – zum Teil nach intensiven Diskussionen und Umplanungen seitens der AntragstellerInnen – eine denkmalrechtliche Erlaubnis für Baumaßnahmen an privaten und öffentlichen Baudenkmalern bzw. in deren unmittelbaren Umgebung erteilt werden. Zusätzlich erfolgten zahlreiche Beratungen der DenkmaleigentümerInnen zu denkmalrechtlichen Fragen und zu Problematiken der steuerlichen Abschreibung denkmalbedingter Mehraufwendungen.

Die Untere Denkmalbehörde der Stadt Rheine organisierte auch im Jahr 2008 wieder die anlässlich des „Tages des offenen Denkmals“ am 13. und 14. September die in der Stadt Rheine stattfindenden Veranstaltungen. Diese Veranstaltungen waren insgesamt sehr gut besucht.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass die Abgabe einer Prognose über die Bautätigkeit im Jahr 2009 kaum möglich erscheint. Einige große – bereits angekündigte – gewerbliche Baumaßnahmen/Vorhaben wurden nach Auskunft der planenden Architekten bis auf Weiteres verschoben. Die Auswirkungen der Konjunkturpakete I und II bleiben dabei zunächst abzuwarten.

Im Auftrag



Reekers

Anlage

Verteiler:

- BM
- VV I
- FB1 5
- EWG
- FB 5.1
- FB 5.7
- Pressereferat

**Statistische Angaben über die Bautätigkeit im Jahre 2008
– Aufschlüsselung 2004 - 2008 –**

Art	2004	2005	2006	2007	2008
1. Neubau Einfamilienhäuser (§ 68) genehmigungsfrei (§ 67)	108 98	43 121 (44 WE) (122 WE)	78 66 (79 WE) (66 WE)	36 66 (36 WE) (68 WE)	26 76 (26 WE) (76 WE)
2. Neubau Mehrfamilienhäuser (§ 68) genehmigungsfrei (§ 67)	13 11	12 27 (44 WE) (51 WE) (123 WE)	15 17 (78 WE) (57 WE)	17 16 (70 WE) (72 WE)	9 21 (26 WE) (93 WE)
3. Errichtung und Umbau von Wohn- und Geschäftshäusern	7	12 (23 WE) (13 WE)	12 (37 WE)	6 (16 WE)	13 (6 WE)
4. Umbau u. Erweiterung von Wohngebäuden (§ 68) genehmigungsfrei (§ 67)	124 28	71 30 (53 WE) (6 WE)	70 18 (20 WE) (4 WE)	49 13 (18 WE) (2 WE)	43 13 (19 WE) (2 WE)
5. Neu- und Umbau von land- wirtschaftlichen Gebäuden	16	14 (3 WE)	12	11	12
6. Neubau von gewerblichen Gebäuden	20	17	17 (1 WE)	20 (61 WE)	12
7. Umbau und Erweiterung von gewerblichen Gebäuden	27	30 (4 WE)	31	26	31
8. Garagen/Carports u. Stellplätze (§ 68) genehmigungsfrei (§ 67)	322 186	318 203	253 139	560 121	713 181
9. Werbeanlagen	98	102	72	66	67
10. Abbrüche	29	26	35	46	26
11. Erlaubnis	-	-	-	-	1
12. Nutzungsänderungen	80	94	84 (6 WE)	79	74 (22 WE)
13. Sonstige	337	300	318	286	277
Summe	1504 (386 WE)	1420 (388 WE)	1237 (348 WE)	1418 (343 WE)	1595 (270 WE)

Statistische Angaben über die Bautätigkeit 2008.doc

Weitere Informationen erfolgen nicht.

4. Eingaben

12:45

Es liegen keine Eingaben vor.

5. Pavillonklassen Euregio-Gesamtschule Vorlage: 072/09

13:00

Herr Kohnen schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass der Bauausschuss den unter 3. aufgeführten Grundstückstausch lediglich zur Kenntnis nimmt und die Beschlussfassung hierzu an den HfA verweist.

Herr Löcken erklärt sich im Namen der SPD-Fraktion mit der vorgeschlagenen Verfahrensweise einverstanden.

Herr Reiske macht deutlich, dass durch die Einrichtung der Pavillonklassen wiederum Versäumnisse aufgearbeitet werden, die im Bildungsbereich deutlich werden. Die Pavillonklassen könnten nur eine Notlösung darstellen. Möglichst bald sei eine Lösung zu finden, die den stark nachgefragten Gesamtschulbereich entlaste.

Beschluss:

1. Der Bauausschuss stimmt dem Standort von 2 Pavillonklassen für die Euregio-Gesamtschule an der Wibbeltstraße, entsprechend der als Anlage 1 beigefügten Planung zu.
2. Mit der evangelischen Kirchengemeinde Johannes wird ein Pachtvertrag über das in der Anlage 1 mit Teilfläche A bezeichneten Grundstücks für bis zu 10 Jahre geschlossen. Die Stadt lässt sich im Pachtvertrag ein Vorkaufsrecht für die in der Anlage 1 mit Teilfläche A und B bezeichneten Grundstücke einräumen.
3. Der Bauausschuss nimmt dem angestrebten Grundstückstausch zwischen der Stadt Rheine (Teilfläche Grundstück Bevergerner Straße 107, siehe Anlage 2) und der evangelischen Kirchengemeinde Johannes (Grundstück Wibbeltstraße, Teilflächen A und B, Anlage 1) **zur Kenntnis**.

Abstimmungsergebnis: einstimmig geändert beschlossen

**6. Fenster- / Fassadensanierung Michaelschule
Vorlage: 071 / 09**

15:15

Herr Schröder zeigt anhand des Beamers die Planung und begrüßt Herrn Dr. Terhechte von dem mit der Planung betrauten Architekturbüro.

Herr Dr. Terhechte erläutert die Planung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder bezüglich der Planung und der zu verwendenden Materialien.

Herr Kohlen führt aus, seine Fraktion begrüße das Projekt grundsätzlich. Da jedoch bisher kein beschlossener Haushaltsplan vorliege, schlage er vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, in der heutigen Sitzung die Ausführungen lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Löcken, Herr Reiske und Herr Willems schließen sich der vorgeschlagenen Verfahrensweise an.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die Planung für die Sanierung der Fenster- und Fassadenfläche der Michaelschule in zwei Bauabschnitten **zur Kenntnis**.

**7. Antrag Bündnis 90 / Die Grünen "Erste Glühbirnenfreie Stadt Deutschlands"
Vorlage: 074 / 09**

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

**8. Ausbau des Lindvennweges von Rheiner Straße bis Thiestraße
im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 164 "Rheiner
Straße - Nord"**
I. Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den Eingaben
der Anlieger
II. Festlegung der Herstellungsmerkmale
III. Satzung über die Herstellungsmerkmale
Vorlage: 044 / 09

31:30

Frau Overesch verweist auf die durch die CDU-Fraktion durchgeführte Bürgerinformationsveranstaltung, die in dieser Veranstaltung zusammengetragenen Wünsche der Anlieger seien seitens der Verwaltung in die Planung eingearbeitet worden. Sie bedankt sich bei der Verwaltung für die problemlose Zusammenarbeit.

Beschluss des Bauausschusses

Zu I: Abwägung und Abwägungsbeschluss zu den eingegangenen Anregungen und Bedenken

Beschlussvorschläge siehe Begründung in der Vorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu II: Festlegung der Herstellungsmerkmale

Der Bauausschuss beschließt nachfolgende Herstellungsmerkmale für Ausbau der Straße Lindvennweg von Rheiner Straße bis Thiestraße:

Lindvennweg von Rheiner Str. bis Thiestr. (Tempo-30-Zone)

Es ist ein Ausbau im Separationsprinzip vorgesehen.

a) Fahrbahn:

- ➔ Herstellung einer asphaltierten Fahrbahn , eingefasst von Rundbordsteinen $r = 5,0$ cm, in Zufahrten abgesenkt auf $r = 2,0$ cm, mit Unterbau, Bauklasse IV RStO, in einer Breite von 5,50 m

b) Parken:

- ➔ Pflasterung von PKW-Parkständen in anthrazitfarbenem Betonsteinpflaster
d = 8,0 cm mit Unterbau in Längsaufstellung in einer Breite von 2,00 m wechselseitig der Fahrbahn

c) Begrünung:

- ➔ Anlegung von Grünbeeten mit Baumbepflanzung und Unterpflanzung im Bereich der Fahrbahnversätze und als Abgrenzung des Parkstreifen in einer Breite von 2,00 m

d) Gehwege:

- ➔ Herstellung von beidseitigen Gehwegen in einer Breite von 1,50 m bis 1,75 m, aus grauen Betonsteinpflasterplatten $d = 8$ cm mit Unterbau, in den Zufahrten aus grauem Betonsteinpflaster $d = 8,0$ cm mit Unterbau

e) Entwässerung:

- ➔ Herstellung von 30 cm breiten Entwässerungsrinnen und Einbau von Straßenabläufen mit Anschluss an die vorhandene Kanalisation

f) Straßenbeleuchtung:

- ➔ Aufstellen von Leuchten in Rautenform QSS 151, LPH 6,0 m ausgestattet mit 2*50 Watt

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat, den folgenden Beschluss zu fassen:

Zu III: Satzung über die Herstellungsmerkmale

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Bauausschusses den Entwurf der Satzung über die Herstellungsmerkmale für den Ausbau der Straße „Lindvennweg“ von Rheiner Straße bis Thiestraße im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 164 „Rheiner Straße - Nord“.

S a t z u n g
über die Herstellungsmerkmale für den Aus-
bau der Straße „Lindvennweg“ von Rheiner
Straße bis Thiestraße
der Stadt Rheine
vom _____

Gem. § § 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV.NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 2008 (GV.NRW S.514), hat der Rat der Stadt Rheine durch Beschluss vom _____ folgende Satzung über die Herstellungsmerkmale für den Ausbau der Straße „Lindvennweg“ von Rheiner Straße bis Thiestraße im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 164 „Rheiner Straße - Nord“ erlassen.

Die o. g. Straße sind abweichend von § 9 Abs. 1 der Satzung der Stadt Rheine über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 22. Dezember 1975 in der z. Z. geltenden Fassung endgültig hergestellt, wenn Grunderwerb und Freilegung abgeschlossen sind und sie folgende Teileinrichtungen und Herstellungsmerkmale aufweist:

Lindvennweg von Rheiner Straße bis Thiestraße (Tempo-30-Zone)

1. Fahrbahn in Asphalt mit Unterbau
2. Parkstände in Betonsteinpflaster mit Unterbau
3. Grünbeete mit Baumbepflanzung und Unterpflanzung
4. Gepflasterte Gehwege mit Unterbau
5. Straßenentwässerung mit Anschluss an die Kanalisation
6. Betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Erneuerung der Straßenbeleuchtung Münsterstraße von Rosenstraße bis Hohe Lucht
Vorlage: 045 / 09

33:50

Herr Schröder stellt das Beleuchtungskonzept für die Münsterstraße vor.

Seitens der Ausschussmitglieder wird darauf hingewiesen, dass möglichst energiesparende Leuchtmittel Verwendung finden sollen und dass auf lange Sicht aus Gründen rationeller Lagerhaltung möglichst wenige unterschiedliche Lampen gewählt werden sollen. So solle auch ein einheitliches Erscheinungsbild erreicht werden.

Herr Schröder bestätigt, dass dieses Ziel angestrebt werde. Auf Nachfrage durch Herrn Hagemeier, erklärt er, dass das Beleuchtungskonzept mit den Anliegern der Münsterstraße abgestimmt werde.

Beschluss:

Der Bauausschuss beschließt, die Straßenbeleuchtung der Münsterstraße von Rosenstraße bis Hohe Lucht zu erneuern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Beratung Stellenplan 2009 - Fachbereich 5 - PG 52-57
Vorlage: 055 / 09

43:00

Herr Reiske erinnert an den seitens seiner Fraktion eingereichten Antrag, beim Baudezernat eine Stabsstelle „Energiemanagement“ einzurichten. Er bittet um eine entsprechende Beratung im Haupt- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine den als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 5 – Produktgruppen 52 - 57 mit den in der **Anlage 1** zur Vorlage aufgeführten Änderungen in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

11. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2009- 2012
Fachbereich 5 - Planen und Bauen
Produktgruppen 52 - 57
Vorlage: 057/09

45:30

Herr Schröder verweist auf die Vorlage und zeigt anhand des Beamers eine Liste mit Ergänzungen, die den Mitgliedern des Ausschusses in digitaler Form bereits zugegangen sei. Zusätzlich werde seitens der Verwaltung der behindertengerechte Umbau eine Aufzugsanlage in der Overbergschule zusätzlich vorgeschlagen. Diese Maßnahme solle jedoch lediglich aus dem Ergebnisplan in den Finanzplan transferiert werden.

Herr Kohlen trägt Änderungswünsche der CDU-Fraktion vor:

- „Öffentliche Verkehrsflächen“
Herr Kohlen schlägt vor, die Maßnahme „Dutumer Straße“ aufgrund von Wünschen aus der Anliegerschaft in das Jahr 2012 zu verschieben. Ein solches Vorgehen sei auch aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Bautätigkeiten im Wohnpark Dutum sinnvoll.
- „Gutachten Hermann Kumpers“ (Machbarkeitsstudie Zentralmagazin)
Die CDU-Fraktion spreche sich gegen eine Genehmigung der Mittel für das Gutachten zur weiteren Nutzung des „Kumpers“-Gebäudes aus.
- „Öffentliche Verkehrsflächen“
Der Restausbau der Otto-Bergmeyer-Straße solle frühestens im Jahr 2010 erfolgen, die CDU-Fraktion hoffe noch auf das Erreichen einer Regelung zur Durchfahrt.
- „Hochwasserschutzmauer“
Diese Maßnahme solle mit einem Sperrvermerk versehen werden, da zur Zeit noch nicht klar sei, ob und wie hoch die Fördermittel bewilligt werden. Er macht deutlich, dass die CDU-Fraktion sei jedoch nach wie vor gewillt sei, das Projekt umzusetzen.
Auf den Einwand durch Herrn Schröder, dass etwa 50.000 € zur Vergabe von Planungskosten im kommenden Jahr benötigt würden, stimmt Herr Kohlen zu, den Sperrvermerk um diese Summe zu vermindern.
- „Konjunkturpakete“
Hier sei zu prüfen, ob die Sanierung von Wirtschaftswegen sowie Lärmschutzmaßnahmen an Verkehrsstraßen aufgenommen werden könnten.

Zusätzlich in die Beratungen aufgenommen werden sollen folgende Punkte:

- 10.000 € „Anschubfinanzierung“ für die Beleuchtung der Delsenbrücke bis zum Beginn des Bentlager Weges
- 50.000 € für die Radwegeverbindung von Rodde nach Kanalhafen
- 60.000 € für die Sanierung des Stadtparkteiches

seitens des Kämmerers seien bei den Beratungen innerhalb der CDU-Fraktion folgende zusätzlichen Maßnahmen vorgeschlagen worden:

- 160.000 € für das Atrium der Annetteschule
- 85.000 € für den Kellerausbau der Paul-Gerhard-Schule zur Ganztagschule

Weiter bitte die CDU-Fraktion die Verwaltung, auch von deren Seite Gespräche zum Bau einer Radwegeverbindung von Dreierwalde nach Rheine mit den zuständigen Stellen zu führen.

Herr Kuhlmann bittet die CDU-Fraktion, ihre Entscheidung, die Kosten für das Gutachten zum Umnutzung des ehemaligen Fabrikgebäudes der Firma Kümpers abzulehnen, zu überdenken. Aus seiner Sicht biete sich hier eine einmalige Chance für die Stadt Rheine. Seitens des Landes im Zusammenhang mit dem Zentralmagazin gebe es ein eindeutiges Signal, dass sich das Land eine Förderung durch einen erheblichen Betrag im Rahmen einer Verbindung des Zentralmagazins mit dem Denkmal vorstellen könne. Er verweist auf die Bedeutung des ehemaligen Fabrikgebäudes als Denkmal für die Stadt Rheine.

Herr Kohnen verweist auf die geführten Diskussionen innerhalb der CDU-Fraktion, die letztendlich mit knapper Mehrheit zu diesem Vorschlag geführt hätten und lädt Herrn Kuhlmann ein, seinen Standpunkt im Rahmen der CDU-Fraktionssitzung nochmals darzulegen. Herr Kuhlmann sagt dies für den 16.02.2009 zu.

Herr Löcken erklärt, die SPD-Fraktion stehe dem Projekt „Zentralmagazin im Kümpers-Gebäude“ positiv gegenüber. Er trägt im Namen der SPD-Fraktion folgende Änderungswünsche zum Ergebnis- und Investitionsplan vor:

- „Dutumer Straße“ und „Otto-Bergmeyer-Straße“ – die Mittelfreigabe soll verschoben werden.
- Die von Herrn Kohnen vorgeschlagenen zusätzlichen Maßnahmen könne seine Fraktion mit tragen. Bezüglich der Maßnahme „Paul-Gerhard-Schule“ solle geprüft werden, ob hier Fördermittel aus einem Konjunkturprogramm beantragt werden können.
- „Herstellung Humboldtplatz“
Diese Maßnahme solle mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Herr Kuhlmann fragt an Herrn Kohnen gewandt, ob sich der durch ihn angesprochene Punkt „Lärmschutz an Verkehrsstraßen“ auf das der Verwaltung vorliegende Schreiben der CDU-Fraktion zu dieser Thematik beziehe. Herr Kohnen erklärt, dass die Verwaltung gebeten werde, im Rahmen des Konjunkturprogrammes II die Möglichkeit einer Förderung von Lärmschutzmaßnahmen auch entlang von Bundesstraßen zu prüfen.

Herr Kuhlmann erläutert, dass sich das Programm nach den zurzeit vorliegenden Informationen nur auf „kommunale“ Straßen beziehe.

Herr Kohnen erklärt, damit sei seine Anfrage dann hinfällig.

Herr Reiske spricht folgende Punkte an:

- „Kümpers“:
Er richtet an die CDU-Fraktion den Apell, ihre Entscheidung nochmals zu überdenken.
- „Lärmschutz“:
Er bittet die Verwaltung um Erstellung einer Auflistung, an welchen Stellen innerhalb des Stadtgebietes Lärmschutzmaßnahmen durchgeführt werden sollten.

Herr Willems trägt im Namen der F.D.P.-Fraktion die folgenden Punkte vor:

- „Dutumer Straße“
die Maßnahme soll zurückgestellt werden
- „Hochwasserschutzanlage“
die Maßnahme soll mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Seine Fraktion schließe sich im Übrigen den Darstellungen von Herrn Kohnen an.

Herr Schröder fasst die vorgetragenen Punkte wie folgt zusammen:

- **„Dutumer Straße“**
die Maßnahme soll bis zum Jahr 2012 **zurückgestellt** werden.
- **„Otto-Bergmeyer-Straße“**
die Maßnahme soll zunächst bis zum Jahr 2010 **zurückgestellt** werden, Verhandlungen mit der „DB-Stationen und Service“ bezüglich einer Durchfahrmöglichkeit sollen seitens der Verwaltung geführt werden.
- **10.000 € zur Beleuchtung der Delsenbrücke**
Herr Schröder erklärt dazu, dass lt. Kostenvoranschlag ein Betrag zwischen 30.000 und 40.000 € zur Erstellung der Beleuchtung auf der Brücke notwendig sei. Wenn der Antrag der SPD Berücksichtigung finden solle, sei eine wesentlich größere Summe erforderlich.
- **50.000 € zur Erstellung des Radweges von Rodde nach Kanalhafen**
Herr Schröder führt aus, lt. Kostenvoranschlag werde ein Betrag von etwa 270.000 € zur Erstellung des Radweges benötigt. Er verweist auf die Möglichkeit, die Kosten durch zu erwartende Zuschüsse in Höhe von etwa 50.000 € zu senken. Trotzdem sei noch eine erhebliche Finanzierungslücke vorhanden.
- **60.000 € für den Teich im Stadtpark**
Herr Schröder verweist auf den Ansatz im Haushaltsplan in Höhe von 20.000 € zur Erstellung eines Vorentwurfes für den Teich. Die Gesamtkosten würden mehrere Hunderttausend Euro betragen.

Herr Kohnen schlägt vor, die zusätzlichen Mittel bereits in diesem Jahr für die Auskofferung der Fläche zu nutzen.

- **160.000 € für Baumaßnahmen an der Annetteschule**
- **85.000 € für Baumaßnahmen an der Paul-Gerhard-Schule**
- **Sperrvermerk für den Bau der Hochwasserschutzanlage**

Herr Schröder führt aus, dass für den Bau der Mauer derzeit über 2 Jahre mit insgesamt 820.000 € veranschlagt wurde. Derzeit werde die Ausführungsplanung erstellt und die Kosten genau ermittelt. Er schlägt vor, den Sperrvermerk um 50.000 € zur Finanzierung des erforderlichen Gutachtens zu vermindern.

Herr Kuhlmann fragt nach dem Grund für die Anbringung des Sperrvermerkes.

Herr Kohnen führt aus, dass zunächst die Finanzierung der Maßnahme geklärt werden solle. Nach Eingang des Zuschussbescheides könne der Sperrvermerk ggf. durch Beschluss im Bauausschuss aufgehoben werden.

- **Sperrvermerk für die Herstellung des Humboldtplatzes**
Herr Schröder verweist auf rechtsgültige Verträge mit der Firma Pro Urban, wonach ab April 2009 mit dem Bau zu beginnen sei.

Herr Hagemeier fragt an die SPD-Fraktion gerichtet, nach der Intention für diesen Sperrvermerk.

Herr Löcken erklärt, die Höhe der Kosten sei ein Grund dafür. Des Weiteren sei seitens der Verwaltung eine Überarbeitung der Gesamtplanung mit dem Ziel der Einsparung von Kosten in Aussicht gestellt worden.

Herr Kuhlmann führt aus, dass sich die Kostenerhöhung auf den Bau der Treppe beschränkt habe. Er verweist auf das im Bauausschuss vorgestellte Verhandlungsergebnis mit der Firma Pro Urban, durch das einerseits die Mehrkosten für den Bau der Treppenanlage aufgefangen wurden und durch das auch die Gestaltung des Platzes gesichert wurde. Die Anbringung eines Sperrvermerkes sei aus seiner Sicht ein falsches Signal. Er bittet die SPD-Fraktion, diese Entscheidung zu überdenken.

Nach kurzer Diskussion erklärt sich die SPD-Fraktion bereit, auf die Anbringung des Sperrvermerkes zu verzichten. Die Verwaltung wird gebeten, die endgültige Ausbauplanung im Bauausschuss vorzustellen.

Herr Schröder sagt dieses zu. Auf Nachfrage erklärt er, ein Beschluss über die Herstellungsmerkmale des Platzes sei im letzten Jahr gefasst worden. Kosteneinsparungen seien in erster Linie durch eine Reduzierung der Platzfläche zu erzielen. Die Materialien seien festgelegt. Er stellt weitere Informationen zu diesem Thema für die nächste Sitzung in Aussicht.

Herr Löcken fragt, warum im Stadtpark eine der Brücken über den Hemelter Bach gesperrt sei?

Herr Löcken bezieht sich auf den Antrag der CDU-Fraktion, Mittel für die Beleuchtung der Delsenbrücke bereit zustellen und fragt, ob die CDU-Fraktion bereit sei, in diesen Antrag die Beleuchtung des Bentlager Weges und des Gertrudenweges mit einzubeziehen? Er schlägt vor, das Ergebnis des Planungsauftrages abzuwarten und dann über die Finanzierung zu beraten.

Herr Hagemeier erklärt die Zustimmung der CDU-Fraktion zu diesem Vorschlag.

Herr Schröer macht deutlich, dass mit den beantragten zusätzlichen 10.000 € lediglich die Planungskosten zu decken seien.

Herr Kuhlmann fragt an Herrn Willems gerichtet nach der Intention der F.D.P.-Fraktion zur Anbringung des Sperrvermerkes für die Hochwasserschutzanlage.

Herr Willems erklärt, dieses mit noch offenen Fragen bezüglich des zu errichtenden Ballfangzaunes.

Herr Forstmann beantwortet die Frage bezüglich der gesperrten Fußgängerbrücke im Stadtpark dahingehend, dass an der besagten Brücke ein Stützpfeiler erneuert werden müsse. Für diese Arbeiten sei trockenes Wetter erforderlich. Sobald die Witterung es zulasse, würden die Arbeiten erledigt.

Herr Kohnen erläutert bezüglich der Teichbaumaßnahme im Stadtpark, die beantragten Mittel sollten zur Herrichtung der Baustelle und für die Sicherung des vorhandenen Baumbestandes verwendet werden.

Es folgt die Abstimmung über den Empfehlungsbeschluss an den Rat **mit den beratenen Änderungen und Anregungen:**

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereiches 5 Planen und Bauen - Produktgruppen 52 – 57 unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**12. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2009- 2012
Bahnflächen "Rheine R und IV. Quadrant"
Vorlage: 059 / 09**

1:18

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderprojektes „Bahnflächen“ unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2009 - 2012
Kaserne Gellendorf
Vorlage: 069/09**

1:19

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderprojektes „Kaserne Gellendorf“ unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

1:20

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

15. Anfragen und Anregungen

15.1. Behindertenparkplätze

Frau Overesch verweist auf die Tatsache, dass auf dem Parkplatz vor dem Köpi-Parkhaus die Stellplätze für Menschen mit Gehbehinderungen entfernt wurden. Sie erklärt, dass ihr von einer Betroffenen mitgeteilt wurde, dass im Innenstadtbereich nur noch 3 Behindertenparkplätze zur Verfügung stehen würden. Aus ihrer Sicht sei die Stadt Rheine in der Pflicht, im Innenstadtbereich eine ausreichende Anzahl von Stellplätzen für Menschen mit Behinderungen vorzuhalten.

Herr Kuhlmann erläutert, mit der im Stadtentwicklungsausschuss beschlossenen Erweiterung des Köpi sei aus seiner Erinnerung auch eine Modifikation der Behindertenparkplätze beschlossen worden.

Herr Meier ergänzt, nach seiner Erinnerung sei der Beschluss im Stadtentwicklungsausschuss dahingehend gefasst worden, die Stellplätze für Gehbehinderte zu erhalten.

Herr Kuhlmann erklärt, den Beschluss zu prüfen.

15.2. Zur Hessenschanze

Herr Willems fragt, warum den Anliegern der Straße „Zur Hessenschanze“ nach erfolgtem Ausbau noch kein Bescheid über die zu zahlenden Beiträge zugegangen sei.

Seitens der Verwaltung wird eine Prüfung des Sachverhaltes zugesagt.

15.3. Dionysiusstraße / Elter Straße

Herr Berardis fragt, wann mit einer Vorstellung der Planung für den Knotenpunkt und für den Umbau des Radweges im Bauausschuss zu rechnen sei.

Herr Schröder erläutert, dass die Planung für den Bau des Knotenpunktes in einer der nächsten Sitzungen des Bauausschusses vorgestellt werde.

15.4. Heizungsanlagen

Herr Löcken fragt, ob zwischenzeitlich geprüft worden sei, ob die im vergangenen Jahr vorgestellte „Plüth“-Technik für den Betrieb der Heizungsanlage in der Elisabeth-Hauptschule eingesetzt werden könne.

Herr Schröder führt aus, dass die von Herrn Löcken angesprochene Technologie nicht geeignet sei.

Herr Kohlen schlägt vor, zu prüfen, ob eine Nutzung dieser Technik ggf. im Gebäude der Stadthalle möglich sei.

Herr Löcken regt an, zu prüfen, ob für das Kloster evtl. eine andere, energiesparendere Heizungsmöglichkeit gefunden werden könne.

15.5. Defekte Beleuchtung entlang der Emsstraße

Herr Kohlen erklärt, einige Leuchten entlang der Emsstraße seien defekt. Er bittet um Beseitigung dieses Missstandes.

Seitens der Verwaltung wird dieses zugesagt.

15.6. Bodenleuchten an der "Galeria am Borneplatz"

Herr Willems erinnert an seinen Antrag, die in den Gehweg eingelassenen tlw. defekten Bodenleuchten an der „Galeria am Borneplatz“ zu reparieren und die Rutschgefahr dort zu beseitigen.

Herr Schröder erläutert, die Genehmigung dieser Leuchten müsse zunächst nachgeholt werden. Vorgesehen sei auch ein Austausch der Gläser. Er werde im Bauausschuss berichten, sobald ihm nähere Informationen vorliegen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Herr Hagemeier schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Heinz Hagemeier
Stellv. Ausschussvorsitzender

Martina Wietkamp
Schriftführerin

